

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
21. Januar 1916

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Klara Zettin (Zundel), Wilhelmstraße,  
Post-Begeerhof bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Eduard Vaillant. — Konferenz der deutschsprachigen Sozialistinnen in den Vereinigten Staaten. Von f. r. (Schluß). — Die militärische Jugendvorbereitung. Von Mathilde Wurm. (Fortf.). — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizenteil: Für den Frieden. — Frauenstimmrecht. — Frauenarbeit. — Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Fürsorge für Mutter und Kind.

## Eduard Vaillant.

Vaillant tot! Selbst in diesen Tagen des vertausendfachen gewaltsamen Sterbens, wo die Herzen stumpf geworden sind, und ein Strom von Bitternis über uns hinbraust, wirkt die Kunde von Vaillants Tode erschütternd und ergreifend. Nach Keir Hardie nun Vaillant, einer wie der andere ein unbeugsamer Vorkämpfer der proletarischen Aktion gegen den Krieg, beide weggerissen vom Schauplatz ihrer Kämpfe, eines ganzen Lebens für den Sozialismus. Und das inmitten des blutigen Weltkriegs, den sie seit Jahren vorausgesehen, und dem sich mit aller Kraft entgegenzustemmen sie stets als die geschichtliche Aufgabe des organisierten Proletariats aller Länder erkannt hatten. Während aber der Dritte Keir Hardie bis zum letzten Atemzug jede Gemeinschaft mit einer kapitalistischen Staatsmacht ablehnte und auch der eigenen Regierung ihren Teil an der gewaltigen Blutschuld trotzig ins Gesicht schleuderte, war der einstige Blanquist Vaillant seit Ausbruch des Krieges einer der heftigsten und entschlossensten Vertreter der Politik der „nationalen Verteidigung“, einer von denen, die in Frankreich die Rettung der „westeuropäischen Demokratie“ vor dem „preussischen Militarismus“ nicht mehr verbürgt sahen im siegreichen Vormarsch der roten Internationale, sondern, wenigstens für den Augenblick, in dem militärischen Sieg der Westmächte über die Zentralmächte.

Und doch war Vaillant kein „Umlerner“ im gewöhnlichen Sinne. Er verbrannte nicht wie viele heute die Ideale, die er noch gestern angebetet hatte. Im Gegenteil! Vaillant war als *Blanquist* ist, als ehemaliger Kommune kämpfer zum wissenschaftlichen Sozialismus und zur sozialistischen Partei gekommen. Die Blanquisten vermeinten, eine kleine, aber zielklare und straff organisierte Minderheit könne in kühnem Handstreich die politische Macht für das Proletariat erobern und dann den Sozialismus einführen. In Vaillant lebte noch die Erinnerung an die heldenmütigen Kämpfe der Pariser Kommune im Frühjahr 1871. Der Friedensschluß der französischen Regierung und das Entgegenkommen des Siegers hatten der reaktionären Regierung Frankreichs deren blutige Niederwerfung ermöglicht. In der Pariser sozialistischen Arbeiterschaft war damals das ganze demokratische Europa geschlagen. Freilich, die geschichtliche Situation war vor 45 Jahren eine andere als heute. Es gab damals kein namhaftes sozialistisches Proletariat in Deutschland. Vaillant selber hatte sich im Laufe der Jahre mehr und mehr dem „Marxismus“, dem wissenschaftlichen Sozialismus genähert. Nach dieser Auffassung steht die Erringung der politischen Macht nicht an dem Anfang, sondern an dem Ende eines langwierigen und zähen

Organisierungs- und Aufklärungsprozesses, und die Niederdrückung der politischen Reaktion, die Überwindung des Kapitalismus und die Befreiung der Arbeit fällt als Aufgabe in jedem einzelnen Staate den Proletariern des betreffenden Landes selbst zu. Wie keine Mehrheit durch eine kleine Minderheit, so kann nach ihr auch kein Volk durch die Kapitalisten eines anderen Volkes „befreit“ werden. Und gerade Vaillant war es, der auf den internationalen Kongressen in Stuttgart und Kopenhagen mit aller Energie für die selbständige und gemeinsame Aktion der Proletarier aller Länder gegen den Krieg eintrat. Mit seinem und Keir Hardies Namen war das bekannte Amendement unterzeichnet, das den Wiener Kongress im August 1914 beschäftigen sollte und das für den Kriegsfall das gemeinsame internationale Vorgehen der Arbeiterklasse gegen den Krieg forderte.

Für Vaillant war also mit dem 4. August 1914 eine Lebensarbeit zusammengebrochen, und namentlich war es die Haltung der deutschen Sozialdemokratie, der führenden Partei der Internationale, die ihm als schänder Verrat erschien. Darf es uns da wundern, daß in ihm Gedankengänge wieder aufwachten, die aus der Zeit der großen Revolution stammten, und die er selbst auf den Barricaden der Pariser Kommune verfochten hatte? Es war der Glaube an die geschichtliche Mission Frankreichs und des französischen Proletariats, als Vorkämpfer der Demokratie Mittel- und Osteuropas aus den Ketten eines übermächtigen Absolutismus zu befreien. Die Geschichte hat zwar wiederholt diesen Glauben Lügen gestraft, aber haben nicht auch viele deutsche Sozialdemokraten in bezug auf Rußland einen ähnlichen Glauben gehegt? Wir können Vaillant nicht von dem Verhängnis freisprechen, am Abend seines Lebens die sozialistische Orientierung verloren zu haben, unsere Aufgabe ist es aber nicht, einen Toten anzuklagen, sondern Vaillant zu begreifen und in Treue festzuhalten, welche unvergeßlichen Verdienste er sich um den proletarischen Befreiungskampf erworben hat.

In der „Humanité“ schrieb Renaudel nach Vaillants Tod: Es ist klar, daß der schreckliche Krieg, den der Verstorbene sein ganzes Leben mit größter Energie bekämpfte, ihm den Todesstoß gegeben hat. Vaillant schlich in den Gängen der Kammer bleich, abgemagert, mit abwesenden Augen herum. Und Gustav Hervé meint in seinem Blatt: „Die Katastrophe, die die Welt ereilte, hatte ihn tödlich verwundet. Seit achtzehn Monaten sahen wir ihn sich langsam verzeihen, haben wir, wie er nach und nach auslöschte. Der Zusammenbruch des Traumes, der sein ganzes Leben erwärmt hatte, ist die Schuld seines Todes.“ — Sowohl Hervé wie Renaudel nennen als besonderen Anlaß von Vaillants Tod den Anfang Dezember stattgefundenen Kongress der Föderation de la Seine (der Pariser Parteioorganisation). Bei dieser Gelegenheit hatte die Opposition gegen die offizielle Burgfriedens- und Kriegspolitik der sozialistischen Parteihäupter zum erstenmal sich energisch hervorragt, und Vaillant hatte umsonst mit aller Kraft versucht, seine Stellungnahme zu begründen. Es ist nur natürlich, wenn die offi-

ziellen Parteiorgane die Sache so darstellen, als entflamme die ganze Parteioption nur einer vorzeitigen Kriegsmüdigkeit, keineswegs dem wiedererwachenden internationalen Klassenkampfgedanken. Es vollendet aber die Tragik in Baillants Schicksal, daß diese Opposition in den eigenen Reihen ihm, um Hervé sprechen zu lassen, „den Gnadenstoß“ gab. Denn diese Opposition ist doch nichts anderes als die Rückkehr zu dem von Baillant selbst ein volles reiches Leben lang verfolgten Gedanken der internationalen proletarischen Aktion für den Frieden.

Marie Edouard Baillant wurde am 26. Januar 1840 zu Bierzon geboren. Außer der Fachbildung als Ingenieur und Arzt ließ er sich auch umfassende geschichtliche, philosophische und nationalökonomische Studien angelegen sein. Schon früh verknüpfte ihn innige Beziehungen mit dem politischen Leben seiner Zeit, das im Zeichen des schweren Kampfes gegen den Bonapartismus Napoleons III. stand. Baillant zählte schon damals zu den eifrigsten Anhängern Blanquis und war ein bewußter Anhänger der roten Republik.

1866 ging er nach Deutschland; er studierte in Heidelberg, Tübingen und Wien. Mit Begeisterung versenkte er sich in die Philosophie Feuerbachs. Von Feuerbach war es für ihn nur noch ein Schritt zu Marx. Aus dieser Zeit stammt Baillants unauslöschliche Liebe für deutsche Wissenschaft und deutsche Art. Als in den achtziger Jahren in Frankreich die moderne sozialistische Arbeiterbewegung emporzublihen begann, gehörte Baillant zu den Führern, die sie an dem Vorbild des politischen und parlamentarischen Kampfes der deutschen Sozialdemokratie zu schulen suchten.

Der Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges 1870 unterbrach Baillants Studien in Deutschland. Am Tage von Sedan traf er über die Schweiz in Paris ein und knüpfte sofort die Verbindung mit seinen alten Freunden, den Blanquisten, wieder an. An der Nationalversammlung in Bordeaux nahm er als Delegierter teil und kämpfte dort mit aller Leidenschaftlichkeit gegen die Abtretung Elsaß-Lothringens und für die Verteidigung der Republik gegen die fremden Eindringlinge.

Nach dem vorläufigen Friedensschluß wagte die französische Regierung den Versuch, die Pariser Arbeiter, die besten Schützer der Republik, zu entwaffnen, um damit der Monarchie die Tore zu öffnen. Dieser Versuch trieb das Volk von Paris in den glorreichen Aufstand der Kommune. Sofort kehrte Baillant nach Paris zurück und wurde zum Mitglied der Kommune gewählt. Der tragische Heldenkampf der Pariser Arbeiter sah auch ihn in angestrengtester, aufopfernder Tätigkeit. Er wirkte im Exekutivkomitee und in der Unterrichtsabteilung. Nach der blutigen Niederwerfung der proletarischen Erhebung gelang es Baillant, noch in letzter Stunde nach England zu entkommen. In persönlichem Verkehr mit Karl Marx lernte er hier den wissenschaftlichen Sozialismus näher kennen und sah die großindustriellen Formen des fortgeschrittenen Kapitalismus. Schon viel früher war er der ersten Internationale beigetreten und hatte auch eine Zeitlang als Mitglied ihres Generalrats gewirkt. Erst die Amnestie des Jahres 1880 ermöglichte dem in seiner Abwesenheit zum Tode Verurteilten die Rückkehr in die Heimat.

Sofort erhielt Baillant hier wieder eine führende Stellung in der blanquistischen Fraktion der sozialistischen Bewegung. Von den Pariser Arbeitern 1884 in den Gemeinderat entsandt, entwickelte er dort eine vorbildliche Tätigkeit. Eine ganze Reihe der wichtigsten sozialkommunalen Reformen in Paris sind seiner Anregung und seinem Kampf zu verdanken. Als Abgeordneter in der Kammer war Baillant später ebenfalls an allen Kämpfen und Erfolgen der Sozialisten um soziale und politische Fortschritte hervorragend beteiligt. Sein Wirken ist der geradezu mustergültige Beweis, wie der Sozialist eifrige Reformarbeit betreiben kann, ohne gleichzeitig aufzuhören, revolutionärer Kämpfer zu sein.

Die fortschreitenden ökonomischen Verhältnisse entzogen in Frankreich dem Blanquismus alten Stils immer mehr den

Boden. Demgemäß mußte auch die Taktik, die Kampfesart der Blanquisten, der Sozialisten überhaupt sich ändern. Meinungsunterschiede und heftige Auseinandersetzungen über das Wie der Taktik blieben nicht aus. Innerhalb der blanquistischen Partei war Baillant der Führer der erstarkenden Opposition gegen die ältere, starre Auffassung und verfolgte gegen sie Anschauungen, die sich mehr und mehr der marxistischen Richtung näherten. Zur schärfsten Auseinandersetzung kam es in der Krise des Boulangismus, wo Baillant auch vor einer Spaltung der blanquistischen Partei nicht zurückschreckte, als es galt, den nationalistischen und demagogischen Schlagworten entgegenzutreten, von denen sich die Blanquisten alten Schlages betören ließen. Aber auch an der Klärung der Meinungen über Grundsätze und Taktik in der allgemeinen sozialistischen Arbeiterbewegung Frankreichs nahm Baillant hervorragenden Anteil. Die Kämpfe um Klarheit und Einheit spitzten sich, zumal während und nach dem Dreyfußskandal und dem Eintritt Millerands in das Ministerium der bürgerlichen Republik scharf zu. Auf der einen Seite standen die Befürworter einer überwiegend parlamentarischen Aktion, die in dem Ministerialismus gipfelte. Das entgegengesetzte Extrem bildeten die antiparlamentarischen Syndikalisten. Beide äußerste Richtungen sind zu begreifen als die Folgen der noch stark kleinbürgerlichen Struktur des französischen Wirtschaftslebens. Baillant wurde vor dem einen wie dem anderen Irrweg bewahrt, dank seiner hohen Wertung der politischen Demokratie und der Republik einerseits, seiner energischen Betonung des Klassenkampfstandpunktes andererseits. So fand er innerlich und äußerlich immer mehr Anschluß an die „Marxisten“, die den politischen Kampf des Proletariats nicht zum bloßen parlamentarischen Lechtelmechtel verkrüppeln lassen, sondern ihn als scharfen Klassenkampf für die Eroberung der politischen Macht geföhrt wissen wollten. Bei den Einigungsverhandlungen der sozialistischen Parteien Frankreichs in den neunziger Jahren betonte er im Gegensatz zu den Anhängern Jaurès die Notwendigkeit eines grundsätzlichen Klassenkampfes. Bei Baillants unergänglichen Verdiensten um die Sache des französischen Proletariats und dem hohen Ansehen seiner Person war seine Stellungnahme von großer Bedeutung. Sie hat erheblich dazu beigetragen, daß es zur Klärung der Geister im Sinne des wissenschaftlichen Sozialismus kam, und daß nach der letzten großen Auseinandersetzung auf dem internationalen Kongreß zu Amsterdam 1904 die endgültige Einigung der bisher getrennt marschierenden Parteien erfolgte. Von da ab war Baillant neben Jaurès der hervorragendste politische Kämpfer und Führer der geeinigten sozialistischen Partei innerhalb wie außerhalb des Parlaments. Stets war er bemüht, in den verwickeltsten politischen Situationen den grundsätzlichen sozialistischen Standpunkt festzuhalten. Das Gewissen der Partei hat man ihn genannt, ein Ehrentitel, der auch gerechtfertigt war durch die große Lauterkeit, Selbstlosigkeit, Einfachheit seines persönlichen Wesens.

Baillant gehörte zu den überzeugtesten Begründern der zweiten Internationale. Es war nur billig, daß ihr erster, konstituierender Kongreß 1889 in Paris ihn neben Liebknecht zum Vorsitzenden wählte. Als Vertreter der Franzosen war Baillant im internationalen Sozialistischen Bureau hervorragend tätig. Dort wie bei allen Kongressen der zweiten Internationale war er unaufhörlich bestrebt, den Bruderbund der Proletarier aller Länder von einer bloßen Ideen- und Resolutionsgemeinschaft zu einer Gemeinschaft der politischen Aktion zu erheben. Er gehörte zu denen, die in Stuttgart, Kopenhagen und Basel die Sozialisten aller Länder zum aktiven Eintreten für die Bewahrung des Friedens wehrhaft machen wollten. Jaurès traf ein glücklicheres Los als Baillant. Der mörderische Schuß eines reaktionären Fanatikers bewahrte ihn vor der furchtbaren Enttäuschung des Weltkriegs, ließ ihn im Kampfe gegen den Imperialismus und für den Frieden fallen, in Übereinstimmung mit seinem Lebenswerk. Die Enttäuschung des Weltkriegs trieb Baillant in die

Arme des nationalen Blocks, ließ ihn für den französischen Imperialismus kämpfen. An der Enttäuschung ist Baillant innerlich und äußerlich zusammengebrochen in Disharmonie mit der reichen Arbeit seines Lebens.

## Konferenz der deutschsprachigen Sozialistinnen in den Vereinigten Staaten.

(Schluß.)

Was die Frage der reaktionären Schulpolitik anbelangt, so handelt es sich um Versuche, die öffentlichen Schulen dazu zu mißbrauchen, die proletarischen Kinder zu Verrätern an den Interessen ihrer Klasse heranzubilden. Es soll ihnen als Pflicht eingeblutet werden, einst den Vätern und Brüdern, den Müttern und Schwestern im Ringen um bessere Arbeitsbedingungen in den Rücken zu fallen und ihre Stellungen einzunehmen. Gegen diese Versuche erhob die Tagung der deutschamerikanischen Genossinnen energischen Protest. Des weiteren wendete sie sich mit aller Schärfe gegen das sogenannte „Garysystem“ im Schulwesen, das zumal von den Schulbehörden in New York begünstigt und gefördert wird. Wesenszüge dieses Systems sind verkürzte Schulstunden, eine Herabsetzung der Zahl der Schuljahre und des schulpflichtigen Alters, ein oberflächlicher, mechanischer Unterricht, aber auch eine erhöhte Ausbeutung des Lehrpersonals. Ganz besonders gefährlich ist es, daß das Garysystem offenbar die offizielle Einführung des Religionsunterrichts in den Lehrplan der Volksschulen vorbereiten soll. Nach allgemeinem Herkommen darf in den Vereinigten Staaten in den Volksschulen offiziell kein Religionsunterricht erteilt werden, damit die Konfessionsstreitigkeiten den Kindern ferngehalten bleiben. Die religiöse Unterweisung erfolgt in den Saisonschulen der einzelnen Konfessionen, deren Besuch ein freiwilliger ist. Ein gewisser Gary hat nun den Vorschlag gemacht, daß die Volksschüler zu bestimmten Stunden, an denen kein Schulunterricht stattfindet, in die benachbarte Kirche geführt werden sollen, wo ihnen ein Geistlicher Religionsunterricht erteilen würde. Kein Kind soll zum Besuch des Religionsunterrichts gezwungen werden. Herr Gary denkt bei der geplanten Neuerung an die unmittelbare Mitwirkung der Kirchen. Diese werden ersucht, in ihren eigenen Räumen Religionsstunden für die Böglinge der öffentlichen Schulen einzurichten und ihre eigenen Lehrer dafür anzustellen und zu besolden. Als Vorwand dafür muß die Überfüllung der Schulen herhalten und die Notwendigkeit, mehr Schulräume zu schaffen, der man nicht durch neue Schulbauten abhelfen will. Welchen ungeheuren Einfluß man mit der Neuerung in die Hand der Kirchen legt, ist leicht einzusehen, zumal wenn man sich an den Fanatismus der Sektenkirchen erinnert. Solche Beeinflussung der Kinder ist etwas ganz anderes als die Verwirklichung der sozialistischen Forderung, daß der Religionsunterricht Privatsache der Eltern sein soll.

Garys Vorschlag ist natürlich von Geistlichen aller Konfessionen gebilligt worden. Der Bürgermeister von New York versprach, einen „Versuch“ mit der Durchführung zu machen. Auch Mitglieder des Parlaments begannen sich für den Plan zu erwärmen. In manchen Volksschulen kam es zu dem „Versuch“. Die Früchte des neuen reaktionären Systems zeigten sich bald. In einer Konferenz des „Verbandes protestantischer Kirchen New Yorks“ berichtete ein Lehrer Dr. H e b, daß der religiöse Friede bereits sehr bedenklich in den Schulen seines Bezirkes gestört sei, in denen man „versuchsweise“ das Garysystem eingeführt habe. Er habe katholische Kinder herausfordernd ein Lied singen hören, das mit dem Refrain verziert war:

Catholic, Catholic ring the bell —  
Lutheran, Lutheran, go to hell!

(Katholik laß die Kirchenglocken läuten, Lutherischer fahre zur Hölle.) „Die Schulkinder sind bereits so hochgradig gegeneinander gehetzt,“ sagte dieser Schulmann, „daß für die Zukunft das Allerschlimmste zu befürchten ist. Wo früher reli-

giöse Neutralität herrschte, ist jetzt der Streit um die beste Religion an der Tagesordnung. Die wenigen Monate, die seit Einführung des Religionsunterrichts verfloßen sind, zeigen deutlich genug, wohin der Weg unvermeidlich führt. Da es jetzt noch Zeit zur Umkehr ist, sollte der Verbeugung der Kinder schleunigst Einhalt getan werden. Die Gefahren des Garysystems werden noch an Hand weiterer schlimmen Erfahrungen von anderen Konferenzteilnehmern geschildert, so von Dr. Edison, dem Hilfsinspektor des New Yorker Schulwesens.

Auch sonst haben sich viele Stimmen wider das Garysystem erhoben. Auf Anregung der „New Yorker Volkszeitung“ begannen namentlich die Sozialisten ihre energische Agitation dagegen. So erachteten es die Genossinnen für geboten, ihrerseits ebenfalls Stellung dazu zu nehmen.

Ihre Konferenz erblickte in dem Garysystem eine „Bedrohung der höchsten Interessen unserer Zukunft, der Zukunft unserer Kinder“. Sie protestierte auf das energischste „gegen dieses Attentat auf das wichtigste Recht unserer Arbeiterjugend und forderte die Parteiorganisation und Ortsgruppen auf, sofort in eine nachdrückliche Agitation gegen den höchst rückwärtigen Plan einzutreten und mittels Flugblättern und öffentlichen Versammlungen die Bevölkerung zum Protest dagegen aufzurufen“. Sie erklärte zur Frage der Schulpolitik außerdem: „Es ist selbstverständlich, daß eine Bewegung, die eine bessere und höhere Zukunft erstrebt, in der Bildung ihrer Jugend eine ihrer Hauptaufgaben erblicken muß. Wo immer es den Sozialisten gelungen ist, Vertreter in städtische und Staatsregierungen zu erwählen, gehörte es stets zu ihren Hauptaufgaben, für die Besserung des Schulsystems zu sorgen. In der Erkenntnis, daß eine willfähige und denkfaule Arbeiterklasse im Klasseninteresse der Besitzenden liegt, halten diese an dem oberflächlichen, unzulänglichen Schulwesen fest, das heute in den amerikanischen Staaten existiert. So herrscht immer das Bestreben, die Mittel zu beschneiden, die für Erziehungszwecke zur Verfügung gestellt werden, die Klassen größer, die Schulstunden kürzer, die Erziehung weniger gründlich zu gestalten.“ Die tagenden Sozialistinnen verpflichteten sich außerdem, die Lehrerinnen von Chicago „in ihrem Kampf gegen die gierigen Politiker und Kapitalisten mit allen Mitteln zu unterstützen. In Chicago versuchten diese Herren nämlich, die Lehrerorganisation zu sprengen oder zu verbieten.

Auch die Arbeiterpresse war Gegenstand der Verhandlungen. Und zwar wendeten die Genossinnen sowohl dem Inhalt und Gehalt, den Aufgaben der Arbeiterpresse ihre Aufmerksamkeit zu wie auch der Verpflichtung der Frauen, für die Verbreitung der sozialistischen Blätter zu sorgen. Ihre Gedanken wurden in diesem Beschluß zusammengefaßt: „Die Konferenz der deutschsprachigen sozialistischen Frauen fordert erneut alle denkenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Vereinigten Staaten auf, die sozialistische Arbeiterpresse, die schärfste und wirksamste Waffe der revolutionären Arbeiterbewegung zu unterstützen und für sie zu werben. Sie bringt damit ihren ganz besonderen Dank jenen deutschen Arbeiterzeitungen in den Vereinigten Staaten zum Ausdruck, die auch in dieser traurigen Zeit die Ideale internationaler Arbeiter-solidarität aufrechterhalten und dem verheerenden Einfluß der „patriotischen“ Presse entgegenwirken. Die ehrlich international gesinnte Arbeiterpresse in jeder Weise zu fördern und für ihre weitestgehende Verbreitung tätig zu sein, muß in dieser weltweiten Krise die ganz besondere und dringende Aufgabe der deutschsprachigen sozialistischen Bewegung dieses Landes sein.“

Schließlich erörterte die Konferenz noch die Frage der Beiträge der weiblichen Parteimitglieder. Die jetzt in dieser Beziehung herrschenden Zustände scheinen uneinheitlich und ungerecht, geradezu unhaltbar. Nach dem geltenden Parteistatut können verheiratete Frauen ohne Beitragszahlung Mitglieder der Partei sein, wenn ihr Mann regelmäßig seine Beiträge entrichtet. Ledige Frauen und Wit-

wen müssen dagegen den vollen Beitrag leisten, auch wenn sie selbständig und allein den härtesten Kampf ums Dasein führen. Dieser Stand der Dinge wird oft drückend empfunden und führt nach der Meinung der Genossinnen zu Unannehmlichkeiten, ja bewirkt, daß manche Frauen der Partei nicht beitreten. Eine einheitliche Regelung der Frage wird fast überall gewünscht. Die Konferenz beschloß daher, „die Parteileitung zu ersuchen, diese Angelegenheit ein für allemal zu regeln und einen einheitlichen Beitrag für alle weiblichen Mitglieder der Sozialistischen Partei festzusetzen. Die Konferenz schlägt vor, diesen Beitrag auf 10 Cent pro Mitglied festzusetzen, einen Beitrag, der für Nationalkomitee, Sprachgruppe, Staatskomitee und Ortsgruppe, der je 2½ Cent vorsteht. Keine Ortsgruppe soll das Recht haben, diesen Beitrag zu erhöhen.“

Die deutschsprachigen Genossinnen werden sich angelegen sein lassen, die Anregungen und Beschlüsse der Konferenz in die Praxis umzusetzen. Nicht zuletzt und nicht am wenigsten soll in diesen schweren Zeiten des Weltkriegs ihr Eifer und ihre Begeisterung dafür aufgeboten werden, die internationale Solidarität der Proletarier aller Länder hochzuhalten und den Zielen des Imperialismus die Forderung des Friedens und das sozialistische Ideal entgegenzustellen. f. r.

## Die militärische Jugendvorbereitung.

Von Mathilde Wurm.

(Fortsetzung.)

### 3. Jugendwehr und Volkswehr.

Als die ersten Erlasse erschienen, hat die „Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands“ eine Konferenz der Bezirksleitungen einberufen, auf der fast einstimmig die Beteiligung an der militärischen Jugendvorbereitung abgelehnt wurde. Das hinderte indes den Genossen Hänisch nicht, in einer Rede im preussischen Abgeordnetenhaus am 3. März 1915 folgende Ausführungen zu machen:

Einige Worte dann zu der Frage der militärischen Jugendausbildung, die durch den Erlaß angeregt ist, den der Herr Kultusminister in Gemeinschaft mit dem Herrn Minister des Innern und dem Herrn Kriegsminister Ende August vorigen Jahres in die Welt gesetzt hat. Grundsätzlich begrüßen wir Sozialdemokraten selbstverständlich den Gedanken der militärischen Vorbereitung der Jugend mit lebhafter Freude. (Im Original gesperrt.) Wir begrüßen ihn um so mehr mit lebhafter Freude, als es sich hier bekanntlich um die Vermittlung eines alten sozialdemokratischen Gedankens handelt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Einer Forderung, die wir seit Jahrzehnten energisch vertreten haben, die seit Jahrzehnten in unserem Parteiprogramm steht und für deren Durchführung niemand begeisterter gekämpft hat als unser verstorbenen großer Führer August Bebel. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das sagte derselbe Hänisch, der ein knappes Jahr vorher, am 12. Mai 1914, im Abgeordnetenhaus dem nationalliberalen Abgeordneten Dr. Herwig nachstehende Antwort gab:

Es ist dann von dem Redner der nationalliberalen Partei gesagt worden, die Aufgabe der bürgerlichen Jugendpflege sei es, den jungen Leuten die Ideale zu erhalten, wir (Sozialdemokraten) aber wollten den jungen Leuten alle Ideale aus der Brust reißen. Auch das ist falsch, auch das ist gründlich verkehrt. Gewiß, diejenigen Ideale, die wir für falsch und verderblich halten, diese sogenannten Ideale der Völkerverhetzung und des Massenmordes, diese sogenannten Ideale einer engen und beschränkten nationalistischen Auffassung des Vaterlandes und der Vaterlandsliebe, diese „Ideale“ wollen wir in der Tat aus den Herzen der Jugend herausreißen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber, meine Herren, wir wollen dafür andere, höhere, bessere Ideale in die Herzen der Jugendlichen hineinpflanzen, Ideale der wahren Humanität, die höchsten Ideale der Solidarität, die Ideale der Verbrüderung aller Nationen.

Es kann den Genossen und Genossinnen gar nicht dringend genug empfohlen werden, die beiden Reden des Ge-

nossen Hänisch vom 11. und 12. Mai 1914 zu lesen. Sie sind auszugsweise erschienen unter dem Titel „Die Hecke auf die Arbeiterjugend“, von der Zentralstelle der arbeitenden Jugend Deutschlands herausgegeben und bis Kriegsausbruch vertrieben worden. Man vergleiche diese Reden mit der zuletzt gehaltenen des Genossen Hänisch!

Trotzdem sie in direktem Widerspruch zu dem Beschluß der Bezirkskonferenz stand, rührte sich die Zentralstelle keineswegs. Daher stellte der Bezirksjugendausschuß von Groß-Berlin einen Antrag an die Zentralstelle, diese möge, um Mißverständnisse zu vermeiden, durch Rundschreiben den Bezirksleitungen mitteilen, daß sie mit dieser Rede nicht einverstanden sei. Die Zentralstelle lehnte diesen Antrag ab mit der Begründung, daß die Haltung der Zentralstelle sich nicht geändert habe, daher eine nochmalige Feststellung nach dieser Richtung überflüssig sei.

Am 6. März 1915, also drei Tage nach Hänischs Rede im preussischen Abgeordnetenhaus, hielt Genosse Dr. David in Bielefeld eine Rede über „Sozialdemokratie und Vaterlandsverteidigung“. Bielefeld ist einer der sehr wenigen Bezirke, die sich von Anfang an für die Teilnahme der Arbeiterjugend an der militärischen Vorbereitung ausgesprochen haben. Genosse David sagte: „... Und die militärische Jugenderziehung, dieser alte Programmsatz der Sozialdemokratie, erlebt während des Krieges nun endlich seine Verwirklichung...“ Allerdings fordert David, gestützt auf die guten Erfahrungen bei der kurzen Ausbildungszeit der jungen Truppen während des Krieges, alles das, was tatsächlich auch im Programm gefordert wird: Herabsetzung der Dienstzeit, Arbeiterschutz auf allen Gebieten: Schutz gegen überlange Arbeitszeit, Sorge für entsprechende Ruhezeiten, Schutz der Frauen, Wöchnerinnen, Säuglinge, Kinder und Jugendlichen, und er fragt zum Schluß: „Was ist denn all das anders als Arbeit für die Wehrhaftigkeit des Volkes!“

Was aber fordert unser Programm wirklich? Der zweite Teil des Erfurter Programms fordert unter III: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit. Und in den bis heute für uns als richtunggebend anerkannten, seit ungefähr zwanzig Jahren in Millionen Auflage gedruckten und verbreiteten Erläuterungen zum Erfurter Programm von Kautsky und Schönlanck wird diese Forderung folgendermaßen begründet: Die Jugenderziehung soll nicht sein eine einseitig geistige, sondern ihre Aufgabe ist: „... in schönem Einklang die Zucht des Verstandes und die Leibesübungen zu verbinden...“ Und „Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres...“, das ist die grundlegende Forderung. Ausdrücklich wird gesagt:

Das stehende Heer ist vielmehr der offensibare Gegensatz zu einer Volkswehr. Die Hunderttausende, welche heute zur Fahne einberufen werden, sind eine Leibwache des Gewaltherrn und ein Schutz der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung, sie stehen zum Angriffs- und zum Abwehrkrieg gegen äußere Feinde bereit, sie dienen Zwecken, welche bestimmt und fest umschrieben sind durch den König der Könige, den Kapitalismus... An die Stelle dieser verderblichen Einrichtung, welche das Volk zugrunde richtet, sei die Volkswehr gesetzt... In Friedenszeiten werden die Wehrfähigen zu kurzen Übungen eingezogen und sorgsam im Dienst unterwiesen, für den Krieg aber werden sie auf Grund eines vorbereiteten Planes in bestimmte Gefüge eingegliedert. Jeder taugliche Bürger sei Wehrmann, die Waffen mögen über seinem Herde hängen... Die Trennung von Bürgern und Heer hört auf, das Volksheer ist geschaffen!

Nie und nirgend hat die Sozialdemokratie die militärische Jugenderziehung in dem Sinne gefordert, wie sie jetzt gehandhabt wird, denn diese ist nichts anderes als eine Stärkung des heutigen Militärsystems und eine Verlängerung der bereits bestehenden Dienstzeit, die den Jugendlichen vom vollendeten 16. oder 17. Lebensjahr an unter das Militärgesetz stellt und die seine in diesem Alter an und für sich schon sehr geringen bürgerlichen Rechte noch mehr kürzt.

Alle sozialdemokratischen Schwärmer für die militärische Jugendvorbereitung rufen nun Bebel als Kronzeugen für die Richtigkeit ihrer Meinung an. Dazu hätten sie nur dann ein Recht, wenn die ganzen Reden Bebels über diese Frage zurzeit veröffentlicht werden könnten. Gerade die Reden Bebels, die Genosse David zitiert, sind die schärfsten Anklagen gegen das bestehende System. Warum zitieren sie nie das von Bebel angeführte Volkswort: „Die Gewehre sind leicht ausgeteilt, aber schwer wieder zu bekommen“, womit Volke 1874 den Gedanken der Volkswehr ablehnte?

Bevor wir uns für die militärische Jugendziehung erklären, müssen wir billigerweise Garantien verlangen, die uns die Erziehung der Jugend zur Wehrhaftigkeit, wie wir sie heute verstehen und wie auch Bebel sie verstanden hat, sichert.

Jetzt können hier Bebels Reden und Schriften über dieses Thema auch nicht im Auszug wiedergegeben werden. Daher soll man endlich aufhören, einzelne aus dem Zusammenhang gerissene Sätze als ewige Wahrheiten aufzuführen.

#### 4. Die Erziehung zur Wehrhaftigkeit.

In einer soeben erschienenen Schrift „Jugendwehr und Zukunftsheer“\* sagt der Verfasser Oberstleutnant v. Hoff:

Kein Friedensschluß nach dem jetzigen Kampfe, mag er ausfallen wie er will, wird die Abrüstung der Völker bringen; je stärker wir am Ende dieses Kampfes noch sind, je höher die Bereitschaft unseres ganzen Volkes für den Krieg dann ist, um so dauerhafter wird der Friede sein.

In erhöhter Bereitschaft muß vor allem unsere wehrfähige Jugend sein... (Im Original gesperrt.)

Die Seuchelei von der „körperlichen Ertüchtigung“ der Jugend, die vor dem Kriege als Hauptgrund für die Errichtung von Jugendwehren herhalten mußte, hat man endgültig aufgegeben. Körperliche Ertüchtigung, jawohl! Aber zu dem einzigen Zweck und Ziel erhöhter militärischer Brauchbarkeit. Nicht um der Jugend erhöhten Lebensgenuß, erhöhte geistige Anteilnahme an den Errungenschaften der Zivilisation und der Kultur zu verschaffen, nicht um den Aufstieg des Menschengeschlechts zu beschleunigen — nein, nur das eine Ziel beherrscht diese Jugendzieher: möglichst hohe Kriegstüchtigkeit!

Aber selbst dieses Ziel, dem wir entgegenstehen, läßt sich ja gar nicht mit militärischen Mitteln allein erreichen. In erster Linie würde es hierzu eines ausgedehnten Arbeiterschutzes, der Wohnungsreform, der Fürsorge für Gesunde und Kranke bedürfen, denn durch sozialpolitische Maßnahmen wird die Wehrhaftigkeit am sichersten gewährleistet. Schutz des Kindes vom Mutterleib an, Schutz der Mutter selber, das allein kann ein Volk körperlich stark machen. Doch auf diesem Gebiet bleibt eben alles Flickwerk.

Die Einheitschule, die allen die gleiche Bildung gibt, wenn auch leider damit noch lange nicht die Möglichkeit freier Berufswahl und -betätigung, die Verstandesbildung und damit die Möglichkeit raschen Verstehens und Handelns in schwieriger Lage — von Vorschlägen oder gar Beratung dieser für uns so selbstverständlichen Forderungen hören wir nichts.

(Schluß folgt.)

#### Gewerkschaftliche Rundschau.

Schon am Schlusse des Jahres 1914, nach fünfmonatiger Kriegsdauer, war ungefähre ersichtlich, wie die Gewerkschaften sich den neuen Verhältnissen angepaßt hatten. Das volle Kriegsjahr 1915 gestattet darüber noch einen besseren Überblick. Nach der starken und plötzlichen Erschütterung der Industrie bei Ausbruch des Krieges, nach der damit verbundenen großen Arbeitslosigkeit vollzog sich nach und nach eine Regelung der Produktion und ein Ausgleich der Arbeitskräfte. Das entlastete finanziell in etwas die Gewerkschaften, die sonst unter den riesigen Würden der Arbeitslosenunterstützung schwer gelitten hätten. So konnten unsere Organisationen ihre finanziellen Mittel für an-

\* Jugendwehr und Zukunftsheer. Ein Rückblick und Ausblick von Oberstleutnant v. Hoff. Oldenburg, Verlag des Deutschen Offiziersblattes.

dere Aufgaben aufwenden. Sie haben das in reichlichem Maße getan, soweit ihre Kräfte irgendwie ausreichten. Sie haben den Familien der Kriegsteilnehmer Unterstützung gezahlt und dafür allein in der Kriegszeit 10½ Millionen Mk. aufgewendet. Bedenkt man, daß der Mitgliederstand durch die Einberufungen zum Militär stark gelichtet worden ist, und daß dementsprechend auch die Einnahmen erheblich sinken mußten, so ist die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gewerkschaften um so höher zu bewerten. Welche wertvolle Arbeit die Gewerkschaften auch im Kriegsjahr 1915 auf sozialpolitischem Gebiet und zur Regelung des wirtschaftlichen Lebens vollbracht haben, ist in der „Gleichheit“ fortlaufend verzeichnet worden. Wie sehr das Bild der Wirtschaft durch das starke Vordringen der Frauenarbeit verändert worden ist, haben wir wiederholt festgestellt. Alle die angeführten Erscheinungen und Tatsachen sollten den Frauen und Arbeiterinnen überzeugend zu Gemüt führen, welchen Wert die gewerkschaftliche Organisation hat. Die Neuregelung der Industrie nach dem Kriege, die Regelung des Arbeitsmarktes, die Regelung beziehungsweise die Einhaltung der bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen, all dieses und anderes noch verlangt starke Gewerkschaften und nicht zuletzt eine umfassende Organisierung der Arbeiterinnen. Das dürfen unsere Genossinnen keinen Augenblick vergessen. Hier liegt für sie dringende Arbeit vor.

Die Arbeitersekretariate haben gerade während der Kriegszeit ihre Bedeutung für den Rechtsschutz der unbemittelten Bevölkerungsschichten dar getan. Bei der Wichtigkeit dieser Gewerkschaftseinrichtungen hat die Generalkommission während der Kriegszeit wiederholt für einige finanziell schwache Sekretariate Unterstützungen gewährt. Die Jahresstatistik für 1914 zeigt, daß naturgemäß die eingeholten Auskünfte über Angelegenheiten, Rechte usw. der Soldaten und ihrer Angehörigen gegen die Vorjahre bedeutend gestiegen sind. Anfragen über die Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer gingen nicht weniger als 18 000 ein, mit ihnen zusammen wurden über „Militärisches“ mehr als 34 000 Auskünfte erteilt. Die Sekretariate fertigten 7812 Schriftsätze an, die die Unterstützung der Familien von Kriegsteilnehmern betrafen. Wie der Krieg auf die Zahl und das Geschlecht der Besucher einwirkt, erhellt daraus, daß die männlichen Besucher um über 73 000 zurückgingen, während die Zahl der weiblichen um rund 33 000 stieg.

Die Reichsunterstützung für arbeitslose Textilarbeiter wird noch immer häufig unvollkommen gewährt. Preußen erweist sich in dieser Beziehung als besonders rückständig. Zu den Unterstützungen, die die Gemeinden beschäftigungslosen oder beschränkte Zeit schaffenden Textilarbeitern und Arbeiterinnen auszahlt, soll das Reich laut Beschluß des Bundesrats Zuschüsse bis zur Höhe von 75 Prozent des Betrags leisten. Die Gemeinden haben außerdem ein anerkanntes Anrecht auf Zuschüsse von den Unternehmern oder Unternehmerverbänden. Es wäre ihnen somit die Möglichkeit einer ausreichenden Unterstützung gegeben. In Bayern und Baden wird diese Möglichkeit — wie wir schon berichteten — leidlich befriedigend genutzt; für die oberländische Textilarbeitererschaft wurden die Unterstützungsätze bereits erhöht. In Sachsen hat die Regierung nachträglich ihre zurückhaltende Stellung gebessert. Anders aber in Preußen. Im größten Bundesstaat ist von oben herab so gut wie nichts geschehen, um das schwere Elend der Textilarbeiter zu lindern. Viele Gemeinden behandeln die Angelegenheit als Armensache und bewilligen nur sehr niedrige Unterstützungen, die der Armenunterstützung entsprechen. Die Provinzial- und Bezirksbehörden hatten bis vor kurzem noch keine Mitteilung über eventuelle Zuschüsse des Reiches usw. oder überhaupt sonstige Anweisungen erhalten. Hier und da wurden Arbeiterorganisationen von den Regierungsbehörden abgewiesen mit dem Bedauern, daß sie in der Sache noch von keiner Seite eine amtliche Mitteilung erhalten hätten; was in den Zeitungen stünde, ginge sie nichts an. Die Notlage unter den Textilarbeitern ist groß. Nach statistischen Feststellungen der Organisation verbienten beispielsweise: in Langenbielau die Männer im Durchschnitt wöchentlich 12,15 Mk., die Frauen 8,69 Mk.; in Spremberg die Männer 16,51 Mk., die Frauen 12,99 Mk.; in Sommerfeld Frauen und Männer im Durchschnitt 8,78 Mk. usw. In Schlesien haben die Behörden, statt die Unterstützung auszugeben, Nähstuben eingerichtet, gegen die Barunterstützung wird die festigste Opposition gemacht. Die höheren Behörden vertreten die Ansicht, Barunterstützung sei aus sittlichen Gründen verwerflich. Die Durchführung der Unterstützungsaktion ist dem Nationalen Frauendienst überwiesen. Wer in der Praxis mit diesem Nationalen Frauendienst öfter zu tun hat, wird wissen, daß dort sozialpolitisches Verständnis nicht in reichem Maße zu finden ist.

Angeichts dieses Standes der Dinge hat sich die Leitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes mit einer Beschwerde und Eingabe an den preussischen Minister des Innern gewandt. Hoffentlich wird bald Wandel geschaffen.

In der Leder- und Schuhindustrie hat während des Krieges die Heimarbeit großen Umfang angenommen, besonders viele Heimarbeiterinnen werden hier beschäftigt. Die Arbeiterorganisation hatte Anfang 1914 durch Reichstaxi weitgehende Bestimmungen zur Befreiung der Heimarbeit in der Lederindustrie durchgesetzt. Sie wurden leider seit Ausbruch des Krieges nicht streng eingehalten. Viele der neu errichteten Betriebe und der Zwischenmeister haben nichts nach dem Reichstaxi gefragt. Sie bedienten sich dabei der Ausrede, daß sie keine unmittelbaren Aufträge von Behörden hätten, weshalb ihnen auch keine Vorschriften betreffs der Bezahlung gemacht werden könnten. Gegen dieses Treiben wehrt sich jetzt die Organisation, der Sattler- und Portefeuilletterverband. Er macht geltend, daß die Militärbehörden und die Bekleidungsämter darauf dringen, daß der abgeschlossene Reichstaxi eingehalten wird und daß besonders die festgesetzten Stücklöhne gezahlt werden. Die Zentraltarifkommission hat neuerdings zu verschiedenen Lohnfragen Stellung genommen. Es wurden unter anderem die Stücklöhne für die Feldflaschen-Ledergestelle festgesetzt, die recht häufig durch Zwischenunternehmer an Heimarbeiterinnen vergeben werden. Der Lohn für die Näharbeit an dreiteiligen Feldflaschen-Ledergestellen beträgt 12 Pf., an vierteiligen 15 Pf. Die Unternehmer haben aber die Unwissenheit der Heimarbeiterinnen vielfach mißbraucht und nur 6 und 7 1/2 Pf. gezahlt. Der Verband macht die Heimarbeiterinnen in einem Aufruf darauf aufmerksam, daß sie unbedingt auf Bezahlung der tarifmäßigen Löhne zu dringen haben. Weigert sich der Unternehmer, diese zu zahlen, so soll das an die Organisation in Berlin, Rudenstraße 10 b gemeldet werden.

Das noch seltene Jubiläum eines 50jährigen Bestehens konnte der Tabakarbeiterverband am ersten Weihnachtsfeiertag begehen. Die Vorläufer der Organisation reichen sogar bis zum Jahre 1848 zurück. Die anfangs der fünfziger Jahre herrschende Reaktion, dazu innere Zwistigkeiten bereiteten jedoch diesen ersten Ansätzen zur Organisation der Tabakarbeiterschaft bald ein Ende. Später wurde besonders durch die Agitation des sozialdemokratischen Abgeordneten F r i s c h e der berufliche Zusammenschluß der Tabakarbeiter gefördert. Der Krieg von 1866 brachte einen raschen Rückgang der Organisation, aber schon 1868 kam es zum ersten größeren Kampf in Berlin, als die Fabrikanten eine äußerst strenge Arbeitsordnung durchführen wollten. Der Krieg von 1870/71 verfehlte der Entwicklung der Organisation wiederum einen schweren Schlag, mit der besseren Wirtschaftslage wurden aber bald an vielen Orten Forderungen nach höheren Löhnen erhoben. Der Zusammenschluß machte in der Folge wieder Fortschritte. Als 1877 der Deutsche Tabakarbeiterverein mit über 8000 Mitgliedern schon eine kräftige Organisation darstellte, wurde er in seinem Aufschwung durch die Ara Lessendorfs gehindert. Der Verein wurde aufgelöst und sein Blatt verboten. Trotzdem entstanden in der folgenden Zeit des Sozialistengesetzes schon Anfang der achtziger Jahre in den größeren Städten lokale Fachvereine der Tabakarbeiter. 1912 hatte die Organisation ihre höchste Mitgliederzahl, nämlich 87 211, darunter 18 053 Arbeiterinnen. Der Verband hat mit besonderen wirtschaftlichen Widerständen zu rechnen, wie kaum eine zweite deutsche Gewerkschaft. Die einfache Produktionsart und die starke Heimindustrie, die umfangreiche Beschäftigung von Frauen und jugendlichen Arbeitskräften sowie die häufige Abwanderung der Betriebe in ländliche Gegenden, wo niedrige Löhne gezahlt werden: diese Umstände erschweren die Agitation und hindern den Fortschritt der Organisation. Dazu kommt die andauernde Beunruhigung der Industrie durch Bölle und Steuern, die immer wieder neu eingeführt werden. Bleibt man all diese Schwierigkeiten im Betracht, so muß man sagen, daß die gewerkschaftliche Organisation der Tabakarbeiter in den 50 Jahren Großes vollbracht hat. Sie hat erheblich dazu beigetragen, daß die Löhne nennenswert gestiegen sind, daß die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen des Berufs sich gebessert hat. #

## Notizenteil.

### Für den Frieden.

Der französische Sozialistenkongress und der Frieden. Über den Verlauf des Kongresses liegen erst ganz unklare, sicherlich auch einseitige Nachrichten bürgerlicher Blätter vor. Das eine steht fest:

der Hauptteil der Verhandlungen war ausgefüllt mit der Erörterung über die Stellung der Partei zum Kriege. Com p è r e M o r e l hielt die Teilnahme der Partei an der nationalen Verteidigung für Pflicht. Nach ihm gibt es in der französischen Partei nur zweierlei Leute: solche, die den Frieden durch den Sieg wollen, und solche, die nicht mehr an einen Sieg glauben. Wer vom Frieden spreche, arbeite nur der Reaktion vor. Dagegen forderte Bourderon als Wortführer der Opposition das Recht der Zusammenkünfte mit deutschen Sozialisten. Es seien ja übrigens schon vor der Zimmerwalder Konferenz die Deputierten Renaudel und Longuet mit Bernstein und Kautsky zusammengelassen. Bourderon schloß mit der Versicherung, daß unter billigen Bedingungen oder nicht, er und seine Freunde ihr Werk fortsetzen würden.

Der Kongress nahm nach Beendigung der Aussprache einen Antrag an, der im großen ganzen die bisherige offizielle Parteipolitik in ihrer Stellung zum Kriege billigt. Die sozialistische Partei sei mit ganz Frankreich unter dem brutalen Stoß eines Angriffs zum Werk der nationalen Verteidigung mit Ausschluß jeder Eroberung oder Annexionsabsicht in den Krieg eingetreten. Die Partei werde so lange im Kriege verharren, bis das Gebiet des Landes befreit und die Bedingungen eines dauerhaften Friedens sichergestellt sei. Unter diesen Bedingungen versteht die Partei die Wiederherstellung Belgiens und Serbiens und das freie Verfügungsrecht der unterdrückten Völkerschaften, einschließlich Elsaß-Lotharingens. Die Kundgebung forderte die verbündeten Regierungen auf, alle Eroberungspolitiken zurückzuweisen und sich genau an den Nationalitätsgrundsatz zu halten. Eine Gewähr des Friedens sieht sie in der Abschließung von Schiedsgerichtsverträgen; Beschränkung von Rüstungen; Abschaffung der geheimen Diplomatie und Organisation der wirtschaftlichen und militärischen Bestrafung der Nation, die sich eine Vergewaltigung zuschulden kommen läßt. Die sozialdemokratische Partei lehnt die politische und wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands ab, hält aber die des preussischen Militarismus für notwendig. Die Wiederaufnahme der Beziehungen zur deutschen Sozialdemokratie wird erst dann ins Auge gefaßt werden, wenn diese den Grundsätzen der Internationale wieder Kraft und Leben gegeben haben wird. In Einklang mit diesen Anschauungen hat der Kongress sich für Kreditbewilligungen und gegen jeden Sonderfrieden ausgesprochen.

Die französische Parteimehrheit hat wie die in anderen Ländern nichts gelernt. Sie erwartet immer noch das Heil der Demokratie von einem Zusammengehen mit den kapitalistischen Massen, deren reaktionären Bestrebungen seit dem Kriege gerade auch in Frankreich immer offener zutage treten. Diese Mehrheit will den Frieden durch die brutale Waffengewalt eines Staates über den andern, nicht durch die Mobilmachung des Friedenswillens in den Volksmassen aller Länder. Ihr Standpunkt ist also der des Soldaten, nicht des Sozialisten. Die Forderung von Verträgen und Rüstungsbeschränkungen hätte nur dann einen Sinn, wenn in den vertragsschließenden Ländern die organisierten Volksmassen zugleich die „reale Garantie“ ihrer Erfüllung böten. Solange der Friedenswille der Völker noch keine politische Macht bedeutet, sind die schönsten Verträge papierene Fetzen.

Ist also alles beim alten in der französischen Partei? Keineswegs. Der Kongress bedeutet einen Fortschritt, denn die Resolution wurde keineswegs mehr einstimmig gefaßt, wie auf der Konferenz im Sommer. Die oppositionelle Minderheit ließ sich von den Friedensphrasen der Mehrheit nicht mehr umgarnen. Sie hat sich in Debatten tapfer gewehrt und 76 haben die Entschiedenheit besessen, gegen den Mehrheitsantrag zu stimmen. 102 haben sich der Stimme enthalten. Auch in Frankreich geht die Ermüchterung und Rückkehr zum Sozialismus langsam aber sicher ihren Gang.

Die Gründung eines internationalen Aktionskomitees in Frankreich ist eine gute Kunde, die uns der Jahresanfang gebracht hat. Der unmittelbare Ausgangspunkt der Gründung ist die Zimmerwalder Konferenz, die ihrerseits ihren Vorläufer in der Internationalen Konferenz der sozialistischen Frauen aller Länder zu Bern im März 1915 gehabt hat. Das Komitee ist aus Vertretern anerkannt tüchtiger Gewerkschaftsorganisationen zusammengesetzt, und wir verzeichnen mit besonderer Genugtuung, daß sich unter seinen dreizehn Mitgliedern zwei Vertreterinnen der sozialistischen Frauen von Paris befinden, die Genossinnen Bouvard und Coutodier. Unsere Genossin Saumoneau, die Vertreterin der sozialistischen Frauen Frankreichs auf der Berner Konferenz, ist also nicht vergeblich als Wahnberecherin und Füh-

rerin den Genossinnen vorgegangen, ist nicht umsonst als „Landesverräterin“ von den bewußten und unbewußten Steigbügelhaltern des Imperialismus geschmäht und verfolgt und von den Gewalten der kapitalistischen Republik eingekerkert worden. Auch unter den Sozialisten Frankreichs marschiert die Erkenntnis der Notwendigkeit, die internationale Solidarität der Arbeiter aller Länder durch das Eintreten für den Frieden tätig werden zu lassen. Und die Frauen stehen auch dort unter den Vorwärtsdrängenden. Das Internationale Aktionskomitee für Frankreich hat seine Gründung mit diesem Aufruf angezeigt:

„Genossen! Seit langen Monaten konnte der Arbeiterklasse keine Wahrheit mehr gesagt werden. Die Presse untersteht vollständig dem Willen derer, die ein Interesse an der Erstickung der Wahrheit haben. Im Widerspruch mit dem Geiste der Gerechtigkeit und der Freiheit übt eine unerbittliche Zensur ihre offizielle Diktatur aus; die Furcht und Bestechlichkeit haben der Presse eine noch unbarmherzigere Privatzensur geschaffen.“

Und doch sind wir bei einer Epoche angekommen, wo es notwendig ist, daß die Wahrheiten gesagt werden. Die Arbeiterklasse unseres Landes muß wissen, was bei anderen Nationen vorgeht. Sie muß die Gefühle derer kennen, welche das gleiche Blut und die gleichen Tränen vergießen. Über die Anstrengungen und Handlungen der übrigen Arbeiterklassen unterrichtet, wird unsere Arbeiterklasse nicht mehr sich vereinzelt, irreführt und vom Wege abgedrängt sehen durch die falsche Lehre von der Durchhaltepolitik.

Wenn durch die Finsternis hindurch einige Lichtschimmer sich Fundgeben konnten, so vermittelt einiger in der Eile improvisierter Mittel und dank der Hingabe einiger Genossen. Auf diese Weise wurde der Verhandlungsbericht über die Internationale Konferenz von Zimmerwald publiziert und verbreitet, ebenso die Broschüre Macosffis: „Die Sozialisten und der Krieg, der erste Brief an die Abonnenten der ‚Vie ouvrière‘ (Arbeiterleben)“.

Und was wir dank der Hingabe einiger Genossen getan haben, das wollen wir weiter entwickeln, erweitern unter Mithilfe aller. Es ist indes selbstverständlich, daß wir nur mit jenen zusammenarbeiten wollen, die keine militärische Verpflichtung haben, damit man nicht den Vorwurf gegen uns richten kann, wir hätten den Mut derer geschwächt, die sich schlagen müssen.

Wir uns andere Mittel zur Verfügung stehen, haben wir uns vorgenommen, andere Broschüren, andere Briefe der ‚Vie ouvrière‘ und in rascherer Folge, vergrößertem Format und mehr Nachrichten enthaltend, zu veröffentlichen.

Zu diesem Zwecke haben wir ein internationales Aktionskomitee gegründet. Dieses Komitee wird auf der Grundlage einer ernsthaften Organisation funktionieren, die ihre Aktion selber bestimmt und sich selber verwaltet. Jedem Mitglied wird eine Karte als Aktivmitglied ausgestellt, und es wird gehalten sein, den auf der Karte verzeichneten Monatsbeitrag zu entrichten, gleichgültig, ob das Mitglied gewerkschaftlich organisiert ist oder der sozialistischen Partei angehört. Der Beitrag beträgt 50 Centimes pro Monat mit dem gleichen Rechte der Zugehörigkeit. Das Komitee hat unter anderem beschlossen, Zustimmungserklärungen von Einzelpersonen oder von Gruppen und Organisationen entgegenzunehmen.

Der Appell, den wir an Sie richten, hat also den Zweck, Sie zu ersuchen, uns mit den einfachsten und raschesten Mitteln zu helfen: die beiliegenden Subskriptionslisten zirkulieren zu lassen und sie uns mit den gezeichneten Beiträgen zurückzusenden, sodann Ihre Zustimmung zu geben, andere zum Beitritt aufzufordern, uns in unserer Aktion durch die Verbreitung unserer Broschüren und durch Werbung von Sympathien für unsere Ideen zu helfen.

Sie fühlen wie wir, daß es nicht mehr erlaubt ist, zu schweigen, unter Strafe völliger Unterwerfung zugunsten der Lüge und der Ungerechtigkeit. Darum werden Sie uns helfen!

Für das Internationale Aktionskomitee:

Die Kommission: Lepetit und Hubert, vom Verband der Erdarbeiter; Bergerat, vom Mechanikerverband; Le Ny, Elektromonteur; Trumelot, Wärfenmacher; Bourderon, vom Verband der Küfer; Boislez, Steinhauergewerkschaft; Frau Bouvard und Frau Coutodier, von der Gruppe sozialistischer Frauen; Vöbert, Eisenblecharbeiter; Merzheim, Metallarbeiterverband; Hasfeld, Handelsangestellte, Kassier des Komitees; Péricat, Steinhauer, Sekretär des Komitees.“

Die Friedensstimmen in England mehren sich auch im nationalen bürgerlichen Lager. Das von jeher maßvolle, vernünftigen Ermäßigungen zugängliche Blatt „The Economist“ tritt energisch für die freie Erörterung der Friedensbedingungen ein. Es schrieb am 11. Dezember unter anderem: „Das Auswärtige Amt hatte vor dem Kriege freie Hand, und es hat, seitdem der Krieg herrscht, freie Hand gehabt. Wenn

es durch vorsichtige und erfolgreiche Verhandlungen, ungehindert durch die Überwachung des Parlaments, aber unterstützt durch freie und vernünftige Erörterung einen allgemeinen, ehrenvollen Frieden zustande bringen kann, bevor völliger Bankrott sich auf das europäische Festland senkt, so wird die Nation Grund zur Dankbarkeit haben.“ Das Blatt meint weiter, je länger der Krieg dauert, desto schwieriger werde es sein, die Finanzlage wieder in Ordnung zu bringen. Nur ein einziger Monat früher Frieden, und etwa 400 Millionen Pfund Sterling (rund 8 Milliarden Mark) wären verfügbar, um die verwüsteten Gebiete Europas und Asiens wieder herzustellen. Ist ein ehrenvoller Friede erreichbar, so, glaubt das Blatt, wird die finanzielle Erschöpfung aller militärischen Mächte für sehr viele Jahre als kräftigere Bürgschaft denn irgendwelche verfassungsmäßige Abmachung gegen die Erneuerung der Feindseligkeiten wirken, vorausgesetzt, fügen wir hinzu, daß das internationale Proletariat diese Zeit benützt, um seine politische Macht und seinen Einfluß auf den Gang der Geschichte zu stärken und den kriegerischen Machtmitteln der bürgerlichen Staaten gegenüberzustellen.

### Frauenstimmrecht.

Die Ansicht eines Ministers über das Frauenwahlrecht. Während seiner letzten Anwesenheit in den Vereinigten Staaten erklärte der Marineminister von Neuseeland, Herr S. M. Fisher, in einer Rede zu Philadelphia: „Ein Mann, der in Neuseeland die Abschaffung des Frauenwahlrechts anregen wollte, würde als reif für das Irrenhaus betrachtet werden.“

Das Frauenwahlrecht als wirtschaftliche Notwendigkeit ist in den Vereinigten Staaten von einem Mann in hoher, einflussreicher Stellung anerkannt worden. Der Leiter der Bundeskommission für Untersuchungen der Zustände in Industrie und Gewerbe, Herr Basil Mantz, hat in dem letzten Bericht dieser Körperschaft ohne Umschweife erklärt, daß in der modernen Industrie die ausgebeutete, überarbeitete und unterbezahlte Frau des Wahlrechts als eines Werkzeugs bedürfe, um ihre Lage zu verbessern. Die Kommission ist eine amtliche Körperschaft, die von der Bundesregierung der Vereinigten Staaten ernannt wird und die Aufgabe hat, streng objektiv und wissenschaftlich zu forschen. Ihr Leiter ist weder Sozialist noch Arbeiterorganisationsleiter, ein bürgerlicher Gelehrter von Ruf. Seine Schlussfolgerung stimmt durchaus mit der Auffassung der Sozialisten über die Wichtigkeit des Frauenwahlrechts für die Proletarierinnen überein. Diese mögen sich das merken, denn angesichts des außerordentlichen Anwachsens der Frauenerwerbsarbeit muß die Forderung der vollen politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts immer dringender werden. Je mehr Frauen als Berufstätige vom Kapital ausgebeutet werden, um so mehr Frauen haben ein Anrecht auf das Wahlrecht zum Schutz ihrer Interessen.

### Frauenarbeit.

Frauen als Hüttenarbeiterinnen. Mit dem Krieg hat die Frau ihren Eingang wieder in die Hüttenwerke gehalten, die ihr die Arbeiterschutzgesetzgebung notwendigerweise gesperrt hatte, weil das Schaffen daselbst dem weiblichen Organismus verhängnisvoll wird. Bekanntlich hat der Krieg die bescheidenen geschlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen umgestoßen, und Hüttenherren machen aufs neue die billige weibliche Arbeitskraft dem kapitalistischen Profit dienstbar. Wie viele andere Werke, so beschäftigt auch die Hütte Phönix in Ruhrort Frauen in steigender Zahl. In der Schienenabjuga arbeiten sie an den Plattenmaschinen und werden mit einem Tagesverdienst von 3,50 M. für die gleichen Verrichtungen abgeseift, die den früher dort schaffenden Männern mit 5,70 M. gelohnt wurden. Die Gewerkschaft Deutscher Kaiser in Bruchhausen verwendet ebenfalls viele Frauen. Auch ihre Entlohnung ist für gleiche Arbeit erheblich niedriger als die der Männer, an deren Statt sie eingestellt worden sind. Als besondere Härte wird es empfunden, daß die Frauen sechs Wochen arbeiten und ihren Verdienst stehen lassen müssen, ehe sie Lohnzahlung erhalten. Wie ein Bericht in der „Metallarbeiterzeitung“ mitteilt, sind schon mehrere Arbeiterinnen die Opfer schwerer Verletzungen geworden, von denen der eine tödlichen Ausgang hatte. Allem Anschein nach werden auf der genannten Gewerkschaft die Frauen bei Arbeiten verwendet, die ihre Kräfte übersteigen und gefährlich sind. In ver-

schiedenen Abteilungen der Walzwerke der Firma Krupp in Rheinhausen arbeiten zahlreiche Frauen. Ihr Lohn schwankt zwischen 3,50 und 4,20 M. täglich und bleibt ungefähr ein Drittel hinter dem der Männer zurück, die früher die gleichen Arbeiten ausführten. Beispiele ähnlicher Art könnten aus sehr vielen anderen Hüttenwerken gemeldet werden. Die riesige Menschenvernichtung durch den Krieg verleiht der Frage des Arbeiterinnen- und Mutter-schutzes erhöhte Bedeutung. Fachleute müssen ernst und gründlich die Frage prüfen, ob die Arbeitsbedingungen im Hüttenbetrieb so einwandfrei gestaltet sind, daß die Gesundheit und Lebenskraft der dort tätigen Frauen erhalten bleibt. Und wenn diese Frage wie früher verneint wird, so ist es selbstverständlich soziale Pflicht, daß die einschlägigen Bestimmungen der Arbeiterschutzgesetzgebung sofort wieder in Kraft treten und wenn notwendig verschärft werden. Ebenso dringend ist es, die Arbeiterinnen in den Hüttenwerken über ihre Lage aufzuklären und sie der Gewerkschaftsorganisation und der Sozialdemokratie zuzuführen. Vereint mit den Kameraden müssen sie für die Forderung des gleichen Lohnes für gleiche Leistung kämpfen wie für ausgiebigen gesetzlichen Schutz und für ihre Mitwirkung als voll Gleichberechtigte in allen Körperschaften und Einrichtungen, die den Arbeiterinteressen dienen sollen. Die Frauen müssen alle Kräfte und Rechte nutzen, um dem Sozialismus die Bahn zu ebnen.

### Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.

Trotz der erheblichen Zunahme der weiblichen Beschäftigten, die auch jetzt noch allmonatlich durch die Statistiken der Krankenkassen festgestellt wird, bleibt der Stand der Arbeitslosigkeit unter den Arbeiterinnen fast immer gleich hoch, und die Hoffnung auf eine endlich eintretende Besserung will sich nicht verwirklichen. Arbeit zu erhalten, ist besonders schwierig für die weiblichen Erwerbstätigen, die nicht zu Kriegerfamilien gehören. Sehr viele Unternehmer stellen mit Vorliebe Kriegerfrauen und -töchter ein, und zwar deswegen, weil die meisten von ihnen bisher noch nicht in Industriebetrieben gearbeitet haben, daher auch nicht organisiert sind. Infolgedessen kann der Arbeitgeber mit ihnen umgehen und sie entlassen, wie es ihm beliebt. Auch der Wunsch, sich billig als gute Patrioten auszuspielen, veranlaßt manche Herren, in erster Linie Kriegerfrauen und -töchter einzustellen; sie zu beschäftigen wird als eine Wohlthatigkeit gepriesen.

Die andauernde Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen kann man erst richtig beurteilen, wenn die ermittelten Verhältniszahlen des vergangenen Jahres angeführt und die der männlichen Arbeitslosen ihnen gegenübergestellt werden. Es ergibt sich da folgendes Bild:

Zu Ende	Auf 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende		Von 100 Gewerkschaftsmitgliedern waren arbeitslos	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Januar 1915	125	167	5,8	11,1
Februar "	118	172	4,5	9,4
März "	98	152	2,6	8,3
April "	100	165	1,9	9,1
Mai "	99	158	1,7	10,0
Juni "	96	157	1,4	9,1
Juli "	98	165	1,4	9,7
August "	98	165	1,4	9,9
September "	89	170	1,2	10,0
Oktober "	89	182	1,0	10,0
November "	89	179	1,4	8,7

Der Andrang von weiblichen Arbeitsuchenden zu den Arbeitsnachweisen hatte zwar im Monat November gegen den Vormonat etwas nachgelassen, ist aber noch wesentlich stärker als im Anfang des Jahres. Immer günstiger dagegen gestaltet sich die Lage für die männlichen Arbeitskräfte. Bei diesen steht bereits seit Anfang Mai das Angebot unter der Nachfrage. Das Bild, das der Arbeitsmarkt zurzeit bietet, zeigt eine vollständige Umkehrung im Andrang der beiden Geschlechter. In der Zeit vor dem Kriege war die Regel, daß der Andrang beschäftigungsloser weiblicher Arbeitskräfte unter 100 stand, der der männlichen stark über 100 hinausging. Gegenwärtig ist es gerade umgekehrt. Das gleiche ergibt sich auch, wie die Tabelle zeigt, aus den gewerkschaftlichen Arbeitslosenzählungen, denn den 8,7 Prozent weiblichen arbeitslosen Gewerkschaftsmitgliedern standen noch im Monat November 1915 nur 1,4 Prozent männliche Arbeitslose gegenüber. Die Arbeitslosigkeit der weiblichen Mitglieder ist demnach über sechsmal so groß als die der männlichen. Dieser große durchschnittliche Unterschied in den Prozentsätzen wird in einer Reihe Organisationen noch weit übertroffen. So betrug die Arbeitslosenziffer zu Ende:

Im Verband der	November		Oktober		September	
	männl.	weibl.	männl.	weibl.	männl.	weibl.
Gutarbeiter . . .	4,4	32,0	3,7	46,5	2,3	56,4
Glasarbeiter . . .	4,5	30,8	4,4	36,1	4,0	29,1
Porzellanarbeiter . . .	6,7	20,3	6,8	22,5	7,3	21,0
Lebendarbeiter . . .	2,2	19,9	4,3	24,5	2,8	20,4
Textilarbeiter . . .	3,4	14,0	6,0	15,9	6,0	14,2
Buchbinder . . .	1,6	10,9	2,2	12,2	2,5	13,9
Holzarbeiter . . .	1,7	9,1	1,7	9,7	2,0	11,1

Besonders groß ist der Unterschied in den Prozentsätzen der ersten vier angeführten Organisationen, wobei man nicht außer acht lassen darf, daß diese scharfen Gegensätze nun schon seit Ausbruch des Krieges bestehen. Eine halbige Belebung des Arbeitsmarktes auch für die weiblichen Erwerbstätigen ist dringend notwendig. h.

### Fürsorge für Mutter und Kind.

Das uneheliche Kind und der Krieg. In Nummer 23 der „Gleichheit“ vom 6. August 1915 setzten wir auseinander, daß die Kriegsfürsorge für das uneheliche Kind insofern einen großen Mangel aufweist, als sie nur gewährt wird, solange der uneheliche Vater noch lebt. Dieser seinerzeit noch bestehende Mangel ist inzwischen auf verschiedene Weise beseitigt worden. Zunächst sind Vorschriften darüber ergangen, daß die Kriegsunterstützung (Familienunterstützung) für uneheliche Kinder auch nach dem Tode des Erzeugers, und zwar in der Regel bis zum Ende des Krieges weitergezahlt ist. Soweit inzwischen eine Streckung oder ein Wegfall der Unterstützung eingetreten ist, ist die Nach- und Weiterzahlung vorzunehmen. Diese Unterstützung hat bekanntlich mindestens 7,50 M. pro Monat (genau soviel wie für ein eheliches Kind) zu betragen. Je nach den vorhandenen „Bedürfnissen“ ist die zuständige Gemeinde verpflichtet, Zuschüsse zu dieser Mindestunterstützung zu gewähren. Die ganze Unterstützung wird natürlich nur gewährt, wenn der Erzeuger des Kindes, der sich beim Heere befindet, die Vaterschaft anerkennt oder diese sonst gerichtlich festgestellt ist. Es ist noch besonders hervorzuheben, daß in solchen Fällen, in denen der Kriegsteilnehmer nicht zur Anerkennung der Vaterschaft herangezogen werden konnte, sich neuerdings die Militärbehörden bemühen, ihn dazu zu veranlassen.

Als Vorteil für die unehelichen Kinder erweist sich auch die Bundesratsbekanntmachung vom 14. Januar 1915. Bis dahin konnte gegen einen Kriegsteilnehmer überhaupt ein Prozeß nicht durchgeführt werden. Die Bekanntmachung gibt aber dem Gericht ein Recht, einem beklagten Kriegsteilnehmer einen Vertreter zu stellen, wenn dies „zur Verhütung offenkundiger Unbilligkeiten erforderlich erscheint“. Es kann dann der Prozeß oder eine ähnliche gerichtliche Zwangsmaßnahme sehr wohl durchgeführt werden. Das Verfahren ist schon mit Erfolg da angewendet worden, wo es sich um auferhebliche Väter aus den besitzenden Ständen handelt, die sehr wohl ihren Verpflichtungen für den Unterhalt des Kindes nachkommen könnten, das aber aus Boswilligkeit nicht tun.

Schließlich ist auch noch ein Anfang mit den Hinterbliebenenrenten für uneheliche Kinder gemacht worden. Solche Renten sind im Militärhinterbliebenengesetz noch nicht vorgesehen. Entsprechend einem Verlangen des Reichstags aber, das in seiner Mitteilung zum Ausdruck kam, haben die verbündeten Regierungen beschlossen, eine einmalige Zuwendung an uneheliche Kriegskinder zu gewähren, deren Väter gefallen oder an den Folgen von Kriegsschäden gestorben sind. Voraussetzung ist natürlich, daß die Unterhaltspflicht des Vaters festgestellt oder nach seinem Tode glaubhaft nachgewiesen ist. Die Summe wird nach dem Jahresbetrag bemessen und in Monatsraten ausgezahlt.

Diese Zuwendungen sind als vorläufige Regelung des Anspruchs unehelicher Kinder gedacht; die endgültige Regelung soll, wie die Regierungsvertreter im Reichstag versprochen, nach Beendigung des Krieges im Gesetzwege erfolgen. Zuwendungen dieser Art sollen übrigens auch Stief- und Adoptivkinder erhalten, für die der verstorbene Kriegsteilnehmer gesorgt hat. Für diese Zuwendungen gibt es noch keine ein für allemal feststehenden Sätze, doch beträgt sie in der Regel 150 M. pro Jahr. Der Antrag auf diese Zuwendungen kann auch gestellt werden, wenn seither die Familienunterstützung (siehe oben) noch nicht gezahlt wurde. Tritt diese Zuwendung ein, so ist es möglich, daß die Familienunterstützung in Wegfall kommt, weil diese ja immer nur bei Bedürftigkeit gewährt wird. Alle Ansprüche der hier erwähnten Art auf Hinterbliebenenbezüge sind durch Vermittlung der Polizeibehörde zu stellen. F. Kl.

Verantwortlich für die Redaktion: Jean Maria Jettin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Ziegelhof bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.